durch die Neutralen zu verengen, geht sie dazu über, zu betonen, daß die Regierungen sich dieses Mal um so mehr in die Notwendigkeit versetzt sehen, bei denselben Gesichtspunkten zu verharren, als die der neutralen Schiffahrt bereiteten Hindernisse jetzt eine noch beträchtlichere Ausdehnung und Schwere haben. Dann lenkt die Note die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß die einzigen völkerrechtlichen Vorschriften, die als Stütze für die Maßregeln angerufen werden könnten, deren Zweck sei, allen Handel und alle Schiffahrt zum Feinde zu verhindern, die Vorschriften über die Blockade zur See seien. Ferner stellt die Note fest, wieweit ein Kriegführender das Recht hat, der friedlichen Schiffahrt die Durchfahrt durch die Zone zu verbieten deren Grenzen von den feindlichen Küsten sehr entfernt sind und die allein auf gesetzliche Weise gesperrt werden könnten. Schließlich erinnern die Regierungen an den allgemein anerkannten Grundsatz über die Seesperre, wonach ein neutrales Schiff nicht aufgebracht werden kann, wenn es sich des Versuches, die Sperre zu brechen, enthält und wonach es im Falle seiner Aufbringung entsprechend den allgemeinen Vorschriften vor ein Prisengericht gebracht werden muß. Die Regierungen erklären hiermit, daß ihre Besorgnisse über die angekündigten Maßnahmen noch durch die Tatsache erhöht werden, daß die Gefahrenzone ausschließlich von Unterseebooten bewacht werden, deren Tätigkeit für die Angehörigen neutraler Staaten eine große Gefahr mit sich bringt, wie dies durch die im Laufe des Krieges gemachten Erfahrungen dargelegt worden ist. Schließlich hebt die Note die Tatsache hervor, daß die angekündigten Maßnahmen um so mehr den Grundsätzen des Völkerrechtes widerstreiten, wenn sie, wie dies der Inhalt der Mitteilung der kaiserlichen Regierungen anzudeuten scheint, ohne Unterschied auf alle Schiffe angewandt werden würden, die in die bezeichneten Zonen einfahren, also auch auf diejenigen, die nicht nach einem feindlichen Hafen bestimmt sind, sondern diesen nur auf der Durchreise zwischen zwei neutralen Häfen anlaufen.

Indem sie sich auf die Grundlage der obenerwähnten Erwägungen stellen protestieren die Regierungen förmlich gegen die vom Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn getroffenen Maßnahmen und machen alle Vorbehalte hinsichtlich der Verluste an Menschenleben und der materiellen Schäden, die daraus entstehen. (W. T. B.)

Kein Abbruch der Beziehungen Chinas zu Deutschland.

Berlin. Der hiesige chinesische Gesandte hat gestern dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes die Abschrift einer Note überreicht, die seine Regierung dem Kaiserlichen Gesandten in Peking am 9. d. Mts. hat zugehen lassen, und in der gegen die neuen Maßnahmen für den U-Bootkrieg nachdrücklich Einspruch erhoben wird. Die Meldung feindlicher Depeschendienste, daß die chinesische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen habe oder daß ein solcher Schritt unmittelbar zu erwarten sei, ist unzutreffend.

Zum Versuch deutsch-amerikanischer Verhandlungen.

Eine redaktionelle Bemerkung im Berner Bund besagt: Wie wir aus zuverlässiger, nicht deutscher Quelle erfahren, ist die Erklärung der deutschen Regierung, daß sie zu Verhandlungen mit Amerika bereit sei unter der Voraussetzung der Aufrechterhaltung der Handelssperre, lediglich eine Antwort auf eine ihr durch den schweizerischen Gesandten in Washington gewesen. Von wem diese Anregung in Washington gewesen ist, war aus der Mitteilung des schweizerischen Gesandten nicht ersichtlich.

Japanische Schritte in Washington?

Tokioter Presse-Meldungen zufolge kam es in den größeren japanischen Städten, darunter in Tokio, Yokohama und Osaka, nach Bekanntwerden der Haltung des amerikanischen Senats zu der Einwanderungsvorlage, die für die Japaner beleidigende Bestimmungen enthält, zu Protestkundgebungen vor den diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union, die von Tausenden von Personen veranstaltet wurden. Die Protestkundgebungen waren von der einflußreichen chauvinistischen Partei Genyosha organisiert. Man rechnet in Tokio mit japanischen Schritten in Washington. Innerhalb der Oppositionspartei wird angenommen, daß Ministerpräsident Terauchi sich zu einem starken Schritt gegen Amerika wird bewegen lassen, da er aus Anlaß der im April stattfindenden Neuwahlen mit der Stimmung der Bevölkerung rechnen muß. Man glaubt auch, daß durch den Beschluß des amerikanischen Staates in der Einwanderungsfrage trotz allen Entgegenkommens Wilsons gegenüber Japan die Verständigungsaktion gestört werden wird.

General Haig über die neue Offensive.

Haag. Havas meldet aus Paris: Anläßlich des Empfanges einer Anzahl französischer Kriegskorrespondenten erklärte der englische Generalissimus Haig u. a.: „Es handelt sich nicht nur darum, auf der gleichen Höhe mit dem Feinde zu stehen, sondern ihn mit unserer ganzen Macht zu übertreffen." Auf die Frage, ob eine große Offensive für die nächste Zeit zu erwarten sei und ob Haig glaube, daß die deutschen Linien durchbrochen werden könnten, erwiderte der englische Generalissimus: „Das werden wir sicherlich zu wiederholten Malen und an verschiedenen Stellen tun. Die Deutschen verfügen bei der Verteidigung über ein sehr kräftig entwickeltes Eisenbahnnetz hinter ihrer Front. Die ersten Angriffe der großen Offensive können also auf einige Punkte beschränkt bleiben und ihr Ergebnis kann unsicher sein, aber wir werden ohne Rast zuschlagen, bis die totale Vernichtung der deutschen Heere erreicht ist." Auf die Frage, ob diese Vernichtung noch in diesem Jahre erfolgen werde, antwortete Haig: „Dieses Jahr wird entscheidend sein. Die Alliierten müssen sich nicht durch Deutschlands Angebote oder Drohungen täuschen lassen. Wenn Deutschland den Frieden anbietet, so tut es [illegible] unsere Vorbereitungen für den folgenden Krieg treffen zu können. Wenn wir unglücklicherweise Deutschlands Vorschlägen Gehör geschenkt hätten, so würde das Drama nach drei Jahren von neuem beginnen. Die Soldaten verstehen das. Was den Frieden betrifft, so besteht unter uns ein unbezähmbarer Wille, bis zum Ende durchzuhalten."

Oesterreichisch-ungar. Heeresbericht.

Amtlich wird in Wien verlautbart den 15. Februar:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei Forsani wiesen wir einige russische Kompagnien ab. An der Putna betätigten sich unsere Patrouillen mit Erfolg im Vorgelände.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Südlich des Mestecanesoi-Tunnels wurde ein russischer Vorstoß vereitelt.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nördlich der Bahn Zloczow-Tarnopol und bei Swidniki in Wolhynien überfielen Stoßtruppen die russischen Gräben. Die Unternehmungen glückten. Der Feind erlitt starke Einbuße an Menschen und Kriegsgerät. Oestlich von Zloczow wurden überdies sechs russische Offiziere und 275 Mann als Gefangene abgeführt.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Höfer, Feldmarschall-Leutnant.

Türkischer Heeresbericht.

Amtlicher türkischer Heeresbericht vom 14 Februar: An der Tigrisfront nahm der Feind in der Nacht vom 13. Februar unsere Stellungen südlich des Tigris unter heftiges Artilleriefeuer. Zwei Barken, die der Feind auf dem Kanal nach dem Tigris lenken wollte, wurden durch das Feuer unserer Beobachtungsposten gezwungen, sich zu entfernen. Am 13. morgens steigerte der Feind abermals sein Artilleriefeuer und näherte sich unseren Stellungen mit Infanterie und abgesessener Artillerie, ohne indessen zum Angriff überzugehen.

An den anderen Fronten ereignete sich nichts von Bedeutung. (W.T.B).

Bulgarischer Heeresbericht.

Generalstabsbericht vom 15. Februar. Mazedonische Front: Im Cerna-Bogen versuchte der Feind nach heftiger Artillerievorbereitung, die Stellung anzugreifen, die ihm gestern entrissen worden war; er wurde jedoch durch Maschinengewehrfeuer und Granaten abgewiesen. An der übrigen Front ziemlich schwaches Artilleriefeuer, das sich an zahlreichen Stellen auf einzelne Schüsse von beiden Seiten beschränkte. Südlich Seres Zusammenstöße zwischen Erkundungsabteilungen und Vorposten.

Rumänische Front: In der Umgegend von Madmandia schwacher Feuerwechsel zwischen Posten auf beiden Ufern des St.-Georg-Armes. Bei Galcen haben wir durch vereinzeltes Feuer unserer Artillerie feindliche Gruppen, die auf dem gegenüberliegenden Ufer bemerkt wurden, zerstreut. (W.T.B.)

Erfolgreiche Flugzeugangriffe.

Berlin. Unsere Marineflugzeuge belegten am 14. Februar morgens die Flugplätze bei Dünkirchen und Coxde ausgiebig mit Bomben. Die Einschläge lagen gut. Ferner hat ein Wasserflugzeug die in den Downs liegenden Handelsschiffe mit gutem Erfolge mit Bomben beworfen.

Die Petersburger Konferenz.

Die Petersburger Börsenzeitung veröffentlicht an erster Stelle des Blattes folgendes: Von maßgebender Seite erfahren wir, daß die Bedeutung der Konferenz der Alliierten in Petersburg infolge neuer Ereignisse einen außerordentlich wichtigen Charakter annimmt. Obwohl bereits bei Bildung der Konferenz bekannt war, daß ihre Beschlüsse außerordentlichen Einfluß auf den weiteren Zusammenschluß der Alliierten und die verstärkte Zusammenfassung der Kampfmittel gewinnen würden, gewinnen die Arbeiten der Konferenz jetzt eine Bedeutung, die man ohne alle Uebertreibung historisch nennen kann. Diese offenbar beeinflußten Andeutungen der Börsenzeitung gewinnen durch Berichte über die Konferenz in anderen Blättern und durch durchsickernde Privatnachrichten gerade keine optimistische Färbung. Die Aufgabe der Konferenz war die Vorbereitung der Frühjahrsoffensive, besonders durch die Sicherstellung einer gleichmäßigen Munitionsversorgung, die durch die Erklärung des uneingeschränkten Tauchbootkrieges jetzt gänzlich ins Stocken zu geraten droht. In der letzten Sitzung gab Lord Milner, sich auf die von London erhaltenen Informationen stützend, eine recht ernste Schilderung der neuen Lage, die alle Berechnungen über den Haufen warf. Englischerseits, so wird berichtet, sei dabei ein genauer Plan für die Verwendung der englischen Flotte vorgelegt worden, der bei größter Beschränkung auf dem übrigen Gebiet eine nur unzureichende Tonnagemenge für die russischen Transporte aufweist. Von russischer Seite wurde eine Reihe von Forderungen erhoben, die die Westmächte stark verstimmten.

Briand und Lloyd George in Petersburg?

Briand und Lloyd George kamen vor wenigen Tagen unter fremden Namen durch Schweden auf der Durchreise nach Petersburg.

Russische Prahlereien.

Petersburg. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Im Haushaltsausschuß der Duma wurde mitgeteilt, daß im Hafen von Archangelsk dank der Verbesserungen im letzten Jahre sechzig mal soviel Waren angekommen sind, als in den letzten Jahren vor dem Kriege.

Petersburg. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Aktiengesellschaft Sibirien für Schiffahrt, Industrie und Handel will 1917 einen direkten Dienst zwischen der Ostküste von Amerika und den Mündungen des Ob und Jenissei durch das Karische Meer einrichten. Die ersten Dampfer sollen in Nowonikolajewsk am Ob und in Krasnojarsk am Jenissei Ende September oder Anfang Oktober eintreffen.

Russische Ueberläufer.

Kopenhagen, 15. Februar. Nationaltidende meldet aus Malmö: Skanska Aftonbladet zufolge sind an der schwedisch-russischen Grenze häufig russische Wachtposten auf schwedisches Gebiet gekommen. In den letzten Tagen sind wieder drei russische Soldaten über die Grenze gegangen. Sie wurden von den schwedischen Behörden verhaftet. Im Ganzen sind nun gegen 70 russische Soldaten in Schweden interniert.

Der U-Bootkrieg und seine Wirkung.

Der Marinebefehl des Kaisers.

Berlin, 15. Februar. Das Marineverordnungsblatt vom 15. Februar veröffentlicht folgenden Befehl Sr. Majestät des Kaisers:

An meine Marine.

In dem bevorstehenden Entscheidungskampfe fällt Meiner Marine die Aufgabe zu, das englische Kriegsmittel der Aushungerung, mit dem unser gehässigster und hartnäckigster Feind das deutsche Volk niederzwingen will, gegen ihn und seine Verbündeten zu kehren durch Bekämpfung ihres Seeverkehrs mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Hierbei werden die Unterseeboote in erster Reihe stehen. Ich erwarte, daß diese in weiser Voraussicht technisch überlegen entwickelte, auf leistungsfähige und leistungsfreudige Werften gestützte Waffe, im Zusammenwirken mit allen anderen Kampfmitteln der Marine getragen von dem Geiste, der sie im ganzen Verlaufe des Krieges zu glänzenden Taten befähigt hat, den Kriegswillen unserer Gegner brechen wird.

Großes Hauptquartier, den 1. Februar 1917.

Wilhelm.

Ein U-Boots-Antrag im amerikanischen Senat.

Reuter meldet aus Washington: Saalsbury, der Vizepräsident des amerikanischen Senates, brachte einen Gesetzentwurf ein, der bezweckt, die Häfen der Union für Kriegsschiffe der Alliierten zu öffnen, welche Handelsschiffe begleiten, um diese gegen deutsche U-Boots-Angriffe zu sichern. Auch soll solchen Kriegsschiffen erlaubt werden, in amerikanischen Gewässern gegen deutsche Kaperschiffe zu patrouillieren. Wie verlautet, ist dieser Entwurf vielleicht für die Regierung als Maßnahme annehmbar, um den unbeschränkten U-Boot-Krieg einzuschränken. Saalsbury sagt in Erläuterung des Entwurfs, dieser könne in der gegenwärtigen Krise zweckmäßig wirken, ohne daß die Union Deutschland den Krieg zu erklären brauche.

Die Bewaffnung der amerikanischen Handelsschiffe.

Aus Philadelphia wird, wie United Preß aus Newyork meldet, drahtlos berichtet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten in kurzem über die Bewaffnung und Ausfahrt amerikanischer Kauffahrteischiffe entscheiden wird. Die Regierung werde, wie man annimmt, alles der privaten Initiative überlassen, weder Kanonen noch Kanoniere stellen, noch direkte und formelle Ratschläge für die Bewaffnung der Schiffe geben. Andererseits werde sich die Regierung nicht gegen die Bewaffnung der Schiffe erklären und den Reedern die Möglichkeit geben, sich Kanonen und Mannschaften zu verschaffen.

Vollständige Einstellung der dänischen Schiffahrt.

Die Matrosen und Heizer in Kopenhagen und Arhus verweigern die Anmusterung für Reisen außerhalb Skandinaviens wegen Lebensgefahr; innerhalb skandinavischer Reisen verlangen sie die doppelte Summe in der Unglücksversicherung und zwar 10 000 Kronen für Matrosen und Heizer. Die Verhandlungen zwischen Reedern und Seeleuten wegen Erhöhung der Kriegszulagen sind gescheitert. Dies bedeutet die vollständige Einstellung der dänischen Schiffahrt.

Englische Bedingungen für Ausfahrt neutraler Schiffe.

Nya Dagligt Allehanda erfährt aus sicherer Quelle, daß England die Ausfahrt schwedischer Schiffe aus englischen Häfen nur unter der Bedingung gestatte, daß das Schiff sich verpflichte, die nächste Reise für England oder Frankreich zu machen. Nach Beendigung dieser Reise wird Ladung und Bunkerkohle nur dann verabfolgt, wenn das Schiff sich zu weiteren Fahrten in englischen Diensten verpflichtet. Die schwedische Tonnage in englischen Häfen beträgt nach Angabe der Zeitung 200 000 Tonnen. Bunkerkohle auf atlantischen englischen Kohlenstationen oder englischen Kolonien ist nur für solche Schiffe erhältlich, die Fahrten zwischen Häfen der Entente ausführen.

1.—8. Februar 146 Schiffe versenkt.

Amsterdam. Bis zum 8. Februar einschließlich waren bei Lloyds Meldungen über den Verlust von 146 Schiffen eingelaufen, die seit dem 1. Februar versenkt oder verunglückt sind.

Nicht 15 000 Tonnen, sondern 35 000 Tonnen versenkt.

Das Unterseeboot, dessen bisherige Erfolge am 9. Februar mit 16 000 Tonnen bekannt gegeben wurden, hat im Ganzen 35 000 Bruttoregistertonnen versenkt.

Wiederaufnahme der Schiffahrt in Spanien?

Lyoner Blätter zufolge haben die Reeder in Barcelona und Bilbao den Wunsch ausgedrückt, die Schiffahrt wiederaufzunehmen, verlangen jedoch von der Regierung Schadloshaltung und Lebensversicherung für jeden Matrosen. Alle spanischen Schiffe sollten von spanischen Kriegsschiffen begleitet werden, bis sie auf Kriegsschiffe der Alliierten stießen, die die Begleitung bis zum Bestimmungshafen übernehmen sollten.

Verkehrsschwierigkeiten in Spanien.

(Funkspruch des Vertreters vom Wiener K. u. K. Telegr.-Korresp.-Büros.) Wie die Madrider Morgenblätter melden, erklärte der Minister für Oeffentliche Arbeiten, daß die Schwierigkeiten im spanischen Eisenbahnverkehr zugenommen hätten. Der Grund liege in dem Mangel an rollendem Material und in der Zurückhaltung von 3200 spanischen Eisenbahnwagen an der französischen Grenze, die nicht entladen werden könnten, weil die französischen Bahnen nicht genug Transportmittel hätten. Der Personenverkehr in Spanien werde eingeschränkt werden.